

# AKTIVIST.IN



## FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4/2015



LIBANON

FRAUEN AUF  
DER FLUCHT  
ERZÄHLEN

SEITE 3

**9** EL SALVADOR

30 JAHRE HAFT WEGEN  
MORDES NACH EINER  
FEHLGEBURT

**12** IRAN

UN-RESOLUTION SOLL  
MENSCHENRECHTE UND  
AKTIVIST\*INNEN STÄRKEN

**14** TAIWAN

WANDEL DES FRAUENBILDES  
UND DER FRAUENRECHTE IN  
REKORDZEIT

NETZWERK FRAUENRECHTE

 **AMNESTY  
INTERNATIONAL**





**WEB**  
<http://frauenrechte.amnesty.at>  
**E-MAIL**  
[frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)  
**FACEBOOK**  
[amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)  
**TWITTER**  
[AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

**SPENDENKONTO**  
**BIC: GIBAAWWXXX**  
**IBAN: AT142011100000316326**  
 lautend auf  
**AMNESTY INTERNATIONAL**  
**ÖSTERREICH**  
 Verwendungszweck  
**NETZWERK FRAUENRECHTE**

## Liebe Unterstützer\*innen!

Derzeit befinden sich mehr Menschen auf der Flucht als während des 2. Weltkriegs. Der Umgang mit dieser weltweiten Krise ist insbesondere für die reichen Staaten der Welt schlichtweg beschämend, sagt Amnesty International und verweist vor allem auf den großen Bedarf an sogenannten Resettlementplätzen (Wiederansiedlungsplätzen), die weltweit für besonders gefährdete Flüchtlinge benötigt werden. Erst ein Zehntel der 1,15 Millionen besonders gefährdeter Flüchtlinge erhielten Resettlementplätze. Als Folge der grausamen Anschläge von letztem Freitag in Paris müssen die EU-Mitgliedsstaaten dem Impuls widerstehen, ihre Außengrenzen weiter abzuschotten. Das würde lediglich zu weiteren Menschenrechtsverletzungen führen, ohne die Sicherheitslage zu verbessern oder Schutzsuchende davon abzuhalten, über gefährliche Routen in die EU zu gelangen. 86 Prozent der Flüchtlinge werden in relativ armen Ländern beherbergt und die UN Flüchtlingsprogramme sind stark unterfinanziert. 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge leben im Libanon. Die Verantwortung für ihren Schutz und ihre Menschenrechte liegt nicht beim Libanon allein. Die internationa-

le Hilfe für das Land muss sofort und deutlich verstärkt werden.

Anlässlich der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen weist Amnesty auf die Gefahren für syrische Flüchtlingsfrauen im Libanon hin. Vor allem Frauen ohne „männlichen Schutz“, also ohne Ehemann oder Bruder, werden als Freiwill betrachtet und laufend belästigt und bedroht.

Der jährliche Amnesty-Briefmarathon im Dezember ist das größte Menschenrechts-event der Welt. Und jedes Jahr wird er – dank des Einsatzes von jeder\*m Einzelnen von uns - noch größer! Weltweit wurden 2014 mehr als 3,2 Millionen Appelle versendet. Jedes Jahr erreichen uns Dankesbriefe der betroffenen Menschenrechtsverteidiger\*innen, denen die Unterstützung durch Amnesty die Freiheit brachte und jedenfalls Hoffnung schenkte. In dieser Ausgabe finden Sie drei Frauenfälle aus dem heurigen Briefmarathon und eine aktuelle Urgent Action: in Ägypten wird eine Aktivistin unter entsetzlichen Bedingungen in Haft gehalten.

Neben den Appellaktionen können Sie in diesem Heft weitere, für Sie hoffentlich interessante Beiträge, etwa über Frauenrechte in Taiwan oder die Frauenrechtskonvention lesen.

*Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*

## IN AKTION

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte und die „Kampagne zur Unterstützung von Müttern in Haft“ riefen am 18. September auf zur Solidaritätsaktion mit den vielen inhaftierten Menschen/Frauenrechtsverteidigerinnen im Iran. Die Kampagne für Mütter im Gefängnis möchte Mütter in Haft unterstützen und auf ihr Recht hinweisen, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, ohne fatale Auswirkungen auf ihre Rolle als Mutter befürchten zu müssen.



## FÜR DIE FRAUENRECHTE

Am 28. September 2015 – dem Internationalen Aktionstag für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch – organisierte das NW Frauenrechte eine Protestaktion vor der irischen Botschaft. Irland gehört zu den Ländern mit den restriktivsten Gesetzen gegen Schwangerschaftsabbruch weltweit. Die Aktivist\*innen trugen Operationskittel, da sich Ärztinnen\*Ärzte strafbar machen, wenn sie die Gesundheit des Fötus nicht über die der Frau stellen.



## LIBANON

## SYRISCHE FRAUEN AUF DER FLUCHT

**Amnesty International sprach mit Frauen, die aus Syrien in den Libanon geflohen sind. Viele fühlen sich nicht sicher und werden häufig bedroht und belästigt. Hier ihre Berichte.**

Flüchtlingsfrauen im Libanon erleben oft Drohungen und Belästigungen. Viele Frauen, mit denen Amnesty International sprach, berichteten von wiederholten ungehörigen sexuellen Annäherungsversuchen. Die gesetzlichen Einschränkungen für Flüchtlinge, die die libanesische Regierung einführt, gibt den Frauen das Gefühl, sie könnten Belästigungen und Drohungen bei der Polizei nicht anzeigen. Fehlende internationale Unterstützung für Flüchtlinge führt zusätzlich dazu, dass Flüchtlingsfrauen im Libanon der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, besonders jene, die ohne einen erwachsenen männlichen Verwandten im Land sind.

*Nour (Name geändert) ist 40 Jahre und kommt aus dem Süden Syriens. Sie lebt jetzt in der Region des Bekaa Valley im Libanon.*

Eines Tages ging mein Mann zum Einkaufen und kam nicht mehr zurück. Das war im Mai 2013. Ich weiß nicht, ob er von Verbrechern gekidnappt oder von der Regierung verhaftet wurde. Jemand rief mich vom Handy meines Mannes an, sagte, er wäre bei ihnen und verlangte Geld. Es war sehr belastend. Sie riefen wiederholt an, sehr früh am Morgen oder spät nachts. Ich hätte ihnen Geld gegeben, aber sie nannten einen Termin und schalteten dann das Telefon ab, sodass ich nichts tun konnte. Nach ein paar Monaten hörte ich nichts mehr von ihnen.

Ich lebe seit 2013 im Libanon. Ich habe keine Ausbildung, deshalb war es sehr schwer für mich, Arbeit zu finden. Es war schon schwierig, nur ein Zelt zu mieten.

Anfangs lebten meine Tochter, mein Sohn und ich bei meinem Bruder und seiner Familie. Meine Tochter musste heiraten, weil wir unter Druck waren. Ich wollte es nicht, aber die Umstände waren erdrückend – wirtschaftlich, finanziell und psychologisch.

Als wir in den Libanon kamen, konnten meine Kinder ihre Ausbildung nicht fortsetzen. Mein Bruder ließ meine Tochter nicht arbeiten. Weil sie ein junges Mädchen und eine Fremde war,

belästigten die jungen Männer sie, sogar wenn sie mit mir oder ihrem Onkel zusammen war. Wir konnten sie nicht vor diesen Übergriffen schützen. Sie wollte gerne arbeiten, aber mein Bruder verbot es ihr und schlug sie. Als Reaktion auf die Schläge stimmte sie einer Heirat zu, als meine Schwägerin ihr von einem älteren Mann erzählte, der heiraten wollte. Meine Tochter war 16, als sie einen 20 Jahre älteren Mann heiratete. Jetzt hat sie eine Menge Probleme in der Ehe.

Seit ich mein Haus in Syrien verließ, habe ich meine ganze Freiheit und Unabhängigkeit verloren, sogar die Freiheit, eine eigene Meinung zu haben. Ich konnte die Hochzeit nicht verhindern, weil ich finanziell und emotional unfrei bin und von anderen abhängig.

Jetzt habe ich eine kleine Wohnung nur für meinen 14-jährigen Sohn und mich gemietet. Sie ist kaum eine richtige Wohnung, mit nur einer Lampe und einem Wasserhahn. Eine NGO half mir, einen Job zu finden, bei dem ich Nähen unterrichte. Ich bekomme \$100 im Monat, aber ich muss \$ 40 für die Fahrt zu Arbeit zahlen, und die Miete kostet \$ 150 im Monat. Meine Tochter lebt mit ihrem Mann in Beirut. Er war davor schon verheiratet und hat bereits Kinder. Seine Mutter - sie ist schon älter – lebt bei ihnen. Meine Tochter ist jetzt 19 und hat ein Baby. Sie ist ein Kind, das ein Kind großzieht. Seit ihrer Hochzeit hat sie mich nicht besucht. Einmal wollte sie mich besuchen, wurde aber an einem Kontrollposten aufgehalten. Man drohte ihr mit Haft, weil sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis hatte. Ein Libanese bürgte für sie, deshalb ließ der Polizist sie gehen. Jetzt traut sie sich nicht mehr zu reisen. Ich kann aus dem gleichen Grund nicht nach Beirut. Ich habe aber Fotos des Babys gesehen. Wir verständigen uns vor allem über Whatsapp.



**Restriktive Regeln im Libanon und fehlende internationale Unterstützung gefährden Flüchtlingsfrauen.**

### 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr von 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Der 25. November erinnert als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen an die Ermordung der Schwestern Mirabal. Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal wurden an diesem Tag im Jahr 1960 nach monatelanger Verfolgung und Folter vom dominikanischen Geheimdienst ermordet. Seit 1999 ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen von den Vereinten Nationen anerkannt. Amnesty macht heuer auf die prekäre Lage syrischer Flüchtlingsfrauen im Libanon aufmerksam.



## LIBANON. SYRISCHE FRAUEN AUF DER FLUCHT

# **OpenToSyria**

*Hanan (Name geändert) kam Anfang 2013 in den Libanon und lebt mit ihren drei Töchtern in Beirut. Sie ist 38 Jahre alt, eine palästinensische Flüchtlingsfrau aus dem syrischen Lager Yarmouk in Damaskus. Die libanesische Regierung führte zunehmend restriktivere Bestimmungen, besonders für palästinensische Flüchtlinge, ein. Die UN berichtet, dass 85 Prozent der palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien die vielfältigen Anforderungen nicht erfüllen können, um ihre Aufenthaltserlaubnis verlängern zu lassen. So werden sie als illegal im Land lebend eingestuft.*



**Das Flüchtlingslager Bekaa Valley, 30 km östlich von Beirut**

© Giles Clarke/  
Getty Images Reportage

Mein Mann ist in Deutschland. Seit er weg ist, sehen mich die Leute merkwürdig an, auch die, die Hilfsgüter verteilen. Sie stellen Bedingungen und wollen mir die Hilfsmittel nur geben, wenn ich verspreche, mich später mit ihnen zu treffen. Taxifahrer belästigen mich ebenso und wollen mich an Orte bringen, wo ich nicht hin will.

Ich hatte ein unangenehmes Erlebnis mit einem Busfahrer, als ich mit meinen Töchtern aus Bekaa nach Beirut zurückkam. Außer dem Fahrer war nur ein Mann im Bus, und ich war allein mit meinen Töchtern unter-

wegs. Der Fahrer benahm sich seltsam, um mich einzuschüchtern. Er nahm eine Schusswaffe und legte sie neben sich, um zu zeigen, dass er bewaffnet war. Meine älteste Tochter – sie ist 16 – war in Panik. Aber ich versicherte ihr, dass sie sich nicht fürchten müsse und ich mit der Situation zurechtkäme.

Was glauben Sie, wie ich aus dem Bus entkam? Ich musste ihm versprechen, dass ich zurückkommen würde und sagte: „Ganz wie du willst, ich bringe nur meine Töchter nach Hause.“ Ich notierte seine Telefonnummer und seinen Namen, weil das für uns die einzige Möglichkeit war, aus dem Bus zu kommen. Auch ich gab ihm meine Nummer und lächelte freundlich, damit er mir glaubte und versprach, ihn anzurufen. Er sagte: „Ich werde dich Prinzessin nennen.“ Und ich antwortete: „Du kannst mich nennen, wie immer du willst.“ Ich überlegte sogar, wenn es zum Äußersten käme und ich nicht weg könnte, würde ich ihm geben, was er wollte. Wenn er nur meinen Töchtern nichts antat.

**POLIZEILICHE ANZEIGE VERWEHRT.** Auf der Polizeistation Shatila wollte ich Anzeige erstatten. Ich war wirklich zornig, aber man sagte mir: „Weißt du nicht, dass du nicht berechtigt bist, eine Anzeige zu machen? Du hast keinen legalen Aufenthaltsstatus.“ Dann sagten sie sarkastisch: „Warum hat er dich wohl überhaupt belästigt?“

Viele Flüchtlingsfrauen werden angegriffen, belästigt, bestohlen und sogar vergewaltigt. Aber sie können keine Anzeige erstatten wegen ihres illegalen Aufenthalts im Libanon und weil man ihnen mit Haft droht.

Mein Mann ist krank und braucht eine Operation. Ich möchte nach Deutschland gehen, um bei ihm zu sein. Ich bin in Sorge, weil er krank ist und ich nicht bei ihm bin. Wenn wir in Deutschland wären, könnte ich arbeiten und meine Töchter könnten zur Schule gehen.

1,2 Millionen syrische Flüchtlinge im Libanon können nicht mehr zurückkehren. Die Verantwortung für ihren Schutz und ihre Menschenrechte liegt nicht beim Libanon allein. Die internationale Hilfe für das Land muss verstärkt werden – dringend und deutlich. Amnesty International ruft die Staatengemeinschaft auf, mehr Plätze für Resettlement (dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen) und humanitären Aufenthalt für Flüchtlinge aus Syrien, die sich jetzt im Libanon und den Nachbarländern aufhalten, bereitzustellen. Resettlementplätze sollten für syrische Flüchtlinge und palästinensische Flüchtlinge aus Syrien in gleichem Ausmaß verfügbar sein. Angesichts des Konflikts in Syrien und der hohen Zahl von gewaltsam „verschwundenen“ Personen\*, muss die Situation von unvollständigen Familien besonders berücksichtigt werden, wenn es um Resettlement geht.



**GEGEN GEWALT AN FRAUEN**

*Fatima (Name geändert) ist 38. Sie kam 2014 aus Syrien und lebt mit ihren vier Kindern im Südlibanon.*

Ich kam Anfang 2014 mit meinem Bruder und meinen vier Kindern in den Libanon. Als ich Syrien verließ, war die Lage sehr beängstigend. Meine Heimatstadt wurde belagert und mit chemischen Waffen bombardiert. Ich litt unter der Bombardierung und meine Tochter wurde von Schrapnellsplittern verletzt. Mein Mann war kurz davor aus der Fabrik, in der er arbeitete, entführt worden - vielleicht von Sicherheitskräften. Ich weiß es nicht.

Die Situation im Libanon ist sehr schwierig und ich fühle mich hier nicht sicher. Als ich ankam und Hilfe brauchte, versuchte ich, meine Kinder in der Schule anzumelden. Jemand in der Schule versprach, mir bei der Anmeldung zu helfen. Ich gab ihm meine Telefonnummer, damit er mich auf dem Laufenden halten könnte. Er rief mich jeden Tag zwei oder dreimal an und sagte, er würde mir alles Mögliche geben, was ich wollte und bat mich, mit ihm auszugehen. Ich erklärte ihm, dass ich seine Hilfe nicht mehr wollte. Jetzt gebe ich meine Nummer niemandem mehr, der mir Hilfe anbietet, weil ich mich fürchte.

**AUSGENUTZT UND BELÄSTIGT.** Im Libanon fühle ich mich ausgenutzt, vor allem von den Männern. Wenn ich von guten Menschen höre, die mir helfen können, gehe ich hin. Aber oft merke ich, dass es keine guten Menschen sind und dass sie eine Gegenleistung wollen. Sie fangen an, mir Komplimente zu machen und dann begreife ich, dass sie mehr wollen. Wenn ich auf der Straße, in der ich lebe, unterwegs bin, bieten mir Männer, die mich kennen, eine Mitfahrgelegenheit an. Sie wissen, dass mein Ehemann nicht da ist. Wenn ich das annehme, bietet mir der Mann seine Dienste an. Er sagt etwa: „Wenn du irgendwo hin musst, bringe ich dich hin.“ In den nächsten Tagen wird er

wahrscheinlich mehr wollen. Manchmal fragen Männer mich nach meiner Ehe. Wenn ich antworte, dass ich immer noch nach ihm suche und meine Kinder auf ihren Vater warten, sagen sie mir, ich solle aufhören zu suchen, er sei wahrscheinlich tot.

Die Männer wetteifern untereinander. Einer sagt zu seinem Freund: „Wenn sie dich ignoriert, werde ich sie schon dazu bringen, mit mir zu reden.“ Diese Belästigungen passieren dauernd, alle paar Tage erlebe ich so etwas. Aber



ich muss trotzdem höflich bleiben. Ich versuchte Arbeit zu finden, aber ohne Erfolg. Es gibt keine Jobs und mein ganzer Körper schmerzt. Ich bekomme Essensgutscheine vom UNHCR, habe aber Schulden bei Leuten aus Syrien und dem Libanon, die ich nicht zurückzahlen kann. Mein Sohn ist 17, er hat die Schule abgebrochen um eine Weile zu arbeiten. Aber er wurde ausgebeutet und erhielt seinen Lohn nicht. Vergangenes Jahr war meine Tochter krank. Aber weil wir weder Heizung noch Medikamente hatten, konnte ich sie nur mit Decken zudecken.

Ich habe überhaupt keine Unterstützung in diesem Land. Meine Brüder gingen auf ein Boot und sind jetzt sicher in Europa. Weil ich keine Familie hier habe, fühle ich mich schwach. Deshalb wünsche ich mir eine Umsiedelung, um bei meinen Brüdern zu sein.

**Frauen ohne männliche Verwandte werden als Freiwild behandelt.**

Coverfoto: © Giles Clarke/Getty Images  
Reportage / Alle Fotos, wenn nicht gekennzeichnet:  
Amnesty International

*\*Seit 2011 hat das syrische Regime mindestens 65.000 Menschen verschleppt und in überfüllten Kerkern verschwinden lassen.*

## BUCHPRÄSENTATION &amp; DISKUSSION

## „DIE POLITIK HAT DEN KOPF IN DEN SAND GESTECKT“

Am 13. September 2015 fand eine vom Netzwerk Frauenrechte und der Amnesty-Projektgruppe Flucht und Migration veranstaltete Buchpräsentation und Diskussion mit Karim El-Gawhary und Daniel Zipfel statt. El-Gawhary stellte sein Buch „Auf der Flucht“, Daniel Zipfel seinen Roman „Eine Handvoll Rosinen“ vor.

Karim El-Gawhary berichtete, dass in den Nachbarstaaten von Syrien vier Millionen Flüchtlinge leben. Im Libanon ist schon fast jeder Dritte aus Syrien. Das dauert seit drei bis vier Jahren an. Es war eine Frage der Zeit, dass sich das zeitversetzt in Europa auswirkt. Politiker\*innen hätten den Kopf in den Sand gesteckt. Er meint, es sei wichtig, dass wir nicht immer über Zahlen reden. Die Menschen müssen Namen, Gesichter und einzelne Geschichten haben. Er habe in seinem Buch Schicksale der letzten Jahre zusammengefasst. „Man kann dem Thema der Flucht in der arabischen Welt nicht entfliehen. Ich habe die Geschichten aufgeschrieben, weil ich dachte, ich muss sie den Österreichern näher bringen. Jetzt sind die Menschen am Westbahnhof angekommen.“ Die Flüchtlinge werden Österreich in den nächsten Jahren beschäftigen. „Ich glaube, Österreich wird sich auf Grund der Geschichten verändern. Man braucht das nicht schönreden. Die europäischen Gesellschaften wer-

den sich polarisieren. Ich hoffe, die Gesellschaften werden an diesen Aufgaben wachsen.“

Als Beispiel nennt El-Gawhary Großraming, über das auch in seinem Buch erzählt wird. Bevor die Flüchtlinge kamen, gab es Ängste, wie man sie kennt - Kriminalität, Belästigung von Frauen. Diese lösten sich bald in Wohlgefallen auf. Großraming lud, bevor die Flüchtlinge kamen, Leute aus dem Nachbarort ein, der bereits Flüchtlinge aufgenommen hatte. Auf Grund der Erzählungen konnten Ängste genommen werden.

Daniel Zipfel war erschrocken, wie die Realität die Fiktion in seinem Buch eingeholt hatte. So gab es auch in seinem Buch einen Kühlwagen, in dem Flüchtlinge transportiert wurden. „Und jetzt ist das Furchtbare passiert. Auch in Italien sind Flüchtlinge bereits in einem Container erstickt. Es war eine Frage der Zeit, dass das in Österreich passiert.“

**SACHLÖSUNGEN GEFRAGT.** Daniel Zipfel erläuterte, dass die Nüchternheit des Juristischen in die Sprache in seinem Buch einfluss. „Das war gar nicht so schlecht, da es sich um ein emotionales Thema handelt. Um ein Thema, das mit vielen Ängsten aufgeladen ist. Es ist ein Narrativ der Bedrohung entstanden. Eine Eskalation der Sprache fand statt. So wird etwa von Überschwemmung gesprochen.“ Er betonte, dass es sachliche Lösungen gäbe. Die Diskussion sei jetzt auf einem internationalen Scheideweg. Die Bevölkerung verlange nun nach Sachlö-



**Karim El-Gawhary** ist seit 1991 als Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Zeitungen tätig und seit 2004 Leiter des ORF-Nahostbüros in Kairo. 2011 erhielt er den „Concordia Presse-Preis“. 2012 wurde er zum Auslandsjournalisten des Jahres gewählt und 2013 Journalist des Jahres in Österreich. „Auf der Flucht“ erzählt, was Flüchtlinge erlebt haben, welche Odyssee hinter ihnen liegt und was sie noch erwartet.

**Daniel Zipfel** lebt und arbeitet als Autor und Jurist in der Asylrechtsberatung in Wien. Er erhielt zahlreiche Stipendien und Preise. So war er auf der Longlist des MDR-Literaturwettbewerbs 2014. Seine Erzählungen erschienen in österreichischen Literaturzeitschriften. „Eine Handvoll Rosinen“ ist sein erster Roman. „Eine Handvoll Rosinen“ zeichnet das bizarre Bild einer untragbaren und hochaktuellen Situation, die den Fremdenpolitisten Ludwig Blum an seine Grenzen führt.

**SIND SIE INTERESSIERT**  
 an der Arbeit Amnestys zum Thema?  
**Die Projektgruppe Flucht und Migration**  
 schickt Ihnen gerne ihren Newsletter.  
 Anmeldung an  
[flucht-migration@amnesty.at](mailto:flucht-migration@amnesty.at)

sungen. Jetzt entscheide sich, ob die Politik Sachlösungen beschließt oder beim Bedrohungsnarrativ bleibt. Bei der Situation in Ungarn sinke sein Optimismus. Da frage er sich, ob der Scheideweg in die richtige Richtung gehe.

Zipfel meint, dass seine beiden Figuren einen sehr nüchternen Zugang hätten. Blum, der Fremdenpolizist, will seine Sache gut machen. Der Schlepper Salarzai denkt, dass er damit Menschen helfen kann. Beide blenden aber in Wirklichkeit das Menschliche aus. Blum blendet aus, was nach der Abschiebung passiert. Der Schlepper blendet seine Ausbeutung aus. „Blum ist eine Blume, die in der österreichischen Bürokratie blüht.“ Er vertrete die Ansicht der Richtigkeit der bürokratischen Ordnung. Der Schlepper sei ein Januskopf. Er rette Menschen aus der Gefahr, setze sie aber auch in Todesboote. Er presst das letzte Geld aus ih-

nen. „Interessant war für mich, wie so eine Person funktioniert. Anfangs war Salarzai ja durchaus idealistisch.“

El-Gawhary wirft ein, dass man die Schlepperei abschaffen könnte, wenn es humanitäre Visa gäbe. UNHCR suche seit Jahren Aufnahmestaaten für besonders verletzte Flüchtlinge. Er betonte auch, dass die Flüchtlinge, die nach Europa kommen, jene sind, die Geld haben.

Zipfel meinte, dass man Restriktionen bei der Familienzusammenführung lockern sollte. So ist eine Familienzusammenführung nicht mehr möglich, wenn die Tochter 18 Jahre alt ist. So einen Fall hatte er erst zuletzt.

Zipfel erzählte weiter, dass Österreich keine Abschiebungen mehr in Dublin-Länder durchführt. Abschiebungen nach Ungarn seien grundsätzlich fragwürdig. Das sei ein kleiner Schritt. Aber kleine rechtliche Schritte können zu einer Veränderung führen.

## ABWEHRMASSNAHMEN AN DEN EU-AUSSENGRENZEN GEFÄHRDEN DAS LEBEN VON FLÜCHTLINGEN

Als Folge der grausamen Anschläge in Paris müssen die EU-Mitgliedstaaten dem Impuls widerstehen, ihre Außengrenzen weiter abzuschotten. Das würde lediglich zu weiteren Menschenrechtsverletzungen führen, ohne die Sicherheitslage zu verbessern oder Schutzsuchende davon abzuhalten, über gefährliche Routen in die EU zu gelangen. Mit der Veröffentlichung des aktuellen Berichts zu Abwehrmaßnahmen gegen Schutzsuchende an den Außengrenzen der Europäischen Union fordert Amnesty International geordnete, sichere und legale Wege in die EU mit fairen, effizienten und gründlichen Überprüfungen der Schutzsuchenden. Das würde sowohl dabei helfen, ihre Rechte zu gewährleisten, als auch mögliche Sicherheitsrisiken zu identifizieren.

An den Außengrenzen der Europäischen Union wurden insgesamt 235 Kilometer Grenzzaun gebaut. Die Kosten für die Errichtung betragen rund 175 Millionen Euro. Die Flüchtlinge lassen sich davon nicht aufhalten, sie weichen auf andere Land- oder gefährlichere Seerouten aus. In der Ägäis sind dieses Jahr bereits mindestens 512 Menschen ertrunken (Stand 10. November 2015), im Mittelmeer waren es bisher rund 3.500. Die EU setzt weiterhin auf Abschottung. Flüchtlinge werden schon

an den Grenzen zurückgeschoben (sog. Push-backs) und Nachbarländer wie die Türkei oder Marokko als „Torwächter“ eingesetzt. Im neuen Bericht dokumentiert Amnesty, wie diese Abwehrmaßnahmen zu Menschenrechtsverletzungen führen. Schutzsuchenden Menschen wird der Zugang zu Asylverfahren verwehrt, Flüchtlinge und Migrant\*innen werden misshandelt und Männer, Frauen und Kinder zu lebensgefährlichen Fahrten über das offene Meer gedrängt.

**EUROPAS TORWÄCHTER.** Zu den jüngsten Plänen der EU gehört ein Aktionsplan, mit dem die Türkei verpflichtet werden soll, irreguläre Migration zu verhindern. Die Vereinbarung blendet die Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in der Türkei gänzlich aus. So hat die Türkei abgefangene Flüchtlinge und Migrant\*innen ohne Zugang zu einer Rechtsvertretung inhaftiert. Andere wurden klar völkerrechtswidrig gewaltsam nach Syrien oder in den Irak abgeschoben. Marokkanische Grenzschutzbeamte waren in Misshandlungen von Menschen verwickelt, die versuchten, über die Grenzzäune rund um die spanischen Enklaven zu klettern.

## BURKINA FASO

**ALS MINDERJÄHRIGE ZWANGSVERHEIRATET**

**Über ein Drittel aller Frauen im Sahelstaat Burkina Faso werden verheiratet, bevor sie 18 Jahre alt sind, die meisten von ihnen unter Zwang und darunter sogar Mädchen im Alter von 11 Jahren.**



**Ein Frauenhaus für Opfer von Zwangsheirat in der Stadt Kaya, im Nordosten von Burkina Faso.**

© Sophie Garcia/Corbis für Amnesty International

**WERDEN SIE AKTIV!**

**Bitte schicken Sie den Appellbrief noch im Dezember ab.**

Als sie 13 Jahre alt war, wurde Maria (Name geändert) gezwungen, einen 70-jährigen Mann zu heiraten, der bereits fünf andere Frauen hatte. Ihr Vater brach ihren Widerstand, indem er ihr drohte: „Wenn du nicht zu deinem Mann gehst, bringe ich dich um!“ Über ein Drittel aller Frauen im Sahelstaat Burkina Faso werden verheiratet, bevor sie 18 Jahre alt sind, die meisten von ihnen unter Zwang und darunter sogar Mädchen im Alter von 11 Jahren. Die Folgen für die Mädchen, für ihre Rechte, ihre Gesundheit und ihre Si-

cherheit sind verheerend: Von ihnen wird erwartet, so viele Kinder zur Welt zu bringen, wie ihr Ehemann will – eigene Wünsche oder Risiken für die eigene Gesundheit spielen keine Rolle.

Viele der zwangsverheirateten Minderjährigen müssen von früh bis spät im Haus und auf den Feldern arbeiten. Nur sehr wenige können weiterhin zur Schule gehen.

**TROTZ GESETZLICHER VERBOTE.** Einige der betroffenen Mädchen versuchen alles, um der Zwangsheirat zu entfliehen, trotz immensem Druck seitens ihrer Familie und der Gesellschaft. Maria beispielsweise legte in drei Tagen zu Fuss 170 km zurück auf der Suche nach Schutz in einem Frauenhaus. Zwar verbieten sowohl die Gesetze in Burkina Faso als auch das internationale Recht Zwangsheiraten. Die Regierung Burkina Fasos hat es jedoch bisher versäumt, dem Recht Achtung zu verschaffen.

**AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT** von der Regierung Burkina Fasos die Anwendung und Durchsetzung der nationalen Gesetze und internationalen Rechtsnormen zum Verbot der Zwangsheirat, bessere Schutzmaßnahmen für die Opfer von Zwangsheiraten sowie eine umfassende Informationskampagne.

**BRIEFMARATHON 2015****Gemeinsam Briefe schreiben, um Leben zu retten!**

Es ist das größte Menschenrechtsevent der Welt. Und jedes Jahr wird der Amnesty International Briefmarathon – dank des Einsatzes von jeder\*m Einzelnen von uns - noch größer!

Jedes Jahr im Dezember schreiben hunderttausende engagierte Menschen im Rahmen des Amnesty International Briefmarathons auf der ganzen Welt Briefe, Faxe, E-Mails und Postkarten zugunsten von Menschen in Gefahr.

Mit diesen Aktionen setzen wir ein Zeichen der Solidarität und Anerkennung und üben Druck auf die politischen Verantwortlichen aus zu handeln!

Am Briefmarathon 2014 beteiligten sich österreichweit mehr als 17.800 Personen und verschickten gemeinsam über 36.300 Briefe, Faxe, E-Mails, Postkarten, Online-Appelle und Petitionslisten. 29 Aktionen fanden in ganz Österreich statt und mehr als 160 Schulklassen und über 3.000 Schüler\*innen waren mit dabei. Weltweit wurden mehr als 3,2 Millionen Appelle versendet!

EL SALVADOR

# 30 JAHRE HAFT NACH FEHLGEBURT

**Teodora del Carmen Vásquez ist seit fast acht Jahren im Gefängnis. 2008 wurde sie des Mordes schuldig gesprochen, nachdem sie bei der Arbeit eine Fehlgeburt erlitten hatte.**

Teodora del Carmen Vásquez verbüßt in El Salvador eine 30-jährige Haftstrafe. Sie hatte bei der Arbeit eine Fehlgeburt erlitten. Die junge Frau wurde anschließend vor Gericht gestellt. Dieses legte die Fehlgeburt nicht als Folge von Komplikationen in der Schwangerschaft aus, sondern als streng verbotene Abtreibung.

Die Mutter eines 11-jährigen Knaben erwartete ihr zweites Kind, als sie plötzlich starke Schmerzen verspürte. Sie kontaktierte die Notfalldienste, verlor aber kurz darauf Fruchtwasser. Sie ging anschließend zur Arbeit, wurde jedoch bewusstlos, nachdem die Geburtswunden eingesetzt hatten. Als sie, stark blutend, zu sich kam, war das Neugeborene tot. Die Polizei war bereits vor Ort, verhaftete Teo-

ben der Frau auf dem Spiel steht. Dies führt dazu, dass sich Frauen bei Schwangerschaftskomplikationen fürchten, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der zum Urteil gegen Teodora führende Gerichtsprozess genügte den Standards für faire Prozessführung nicht. Sie wurde von Anfang an als schuldig angesehen. Aus einer armen Familie stammend konnte sie sich keine wirksame anwaltliche Verteidigung leisten. Sie wurde verhaftet, als ihr Sohn drei Jahre war. Seither lebt dieser bei seinen Großeltern. Besuche im Gefängnis sind aufgrund der finanziellen Verhältnisse der Familie nur sehr selten möglich.



Teodora del Carmen Vásquez' Sohn war drei Jahre alt, als seine Mutter verhaftet wurde.

dora unter Mordverdacht und legte sie in Handschellen. Erst nachher wurde sie in ein Spital gebracht.

In El Salvador werden Fehlgeburten regelmäßig als verbotene „Abtreibungen“ ausgelegt und nicht als Folge von Komplikationen in der Schwangerschaft. Schwangerschaftsabbruch ist in El Salvador unter allen Umständen streng verboten, selbst im Falle von Vergewaltigungen und Inzest und auch, wenn das Le-

**AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT** von der salvadorianischen Regierung die sofortige Freilassung von Teodora del Carmen Vásquez, die Überprüfung aller anderen Fälle von Frauen, die in Zusammenhang mit Komplikationen in der Schwangerschaft in Haft sitzen sowie die Revidierung der salvadorianischen Gesetzgebung, die Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall untersagt und zur Kriminalisierung von Schwangerschaftskomplikationen führen kann.

**WERDEN SIE AKTIV!**

Bitte schicken Sie den Appellbrief noch im Dezember ab.

## MYANMAR

# NEUN JAHRE HAFT WEGEN FRIEDLICHER PROTESTE

Die Menschenrechtsaktivistin Phyoe Phyoe Aung organisierte in Myanmar einen friedlichen Protestmarsch von Studierenden. Nun muss sie mit einer Gefängnisstrafe von mehr als neun Jahren rechnen.

Phyoe Phyoe Aung setzt sich seit Jahren für Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Bildung in Myanmar ein. Die 27-Jährige ist Generalsekretärin der All Burma Federation Student Union (ABFSU), einer der größten Student\*innenvereinigungen Myanmars.

diesem Tag sind Phyoe Phyoe Aung und 54 weitere Studierende inhaftiert, zum Teil in Einzelhaft, ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand und ohne angemessene medizinische Versorgung. Die Anklagepunkte sind höchst fragwürdig. So wird den Studierenden unter anderem „illegale Versammlung“ und „Aus-

Phyoe Phyoe Aung protestierte friedlich gegen ein neues restriktives Bildungsgesetz

© Privat



Anfang 2015 kommt es in Myanmar zu Student\*innenprotesten. Diese richten sich gegen ein neues restriktives Bildungsgesetz, wonach künftig allein die Regierung über Lehrinhalte an Hochschulen entscheidet und Studierende keine unabhängigen Vereinigungen mehr bilden dürfen. Am 10. März 2015 löst die Polizei einen friedlichen Protestmarsch von Studierenden gewaltsam auf. Hunderte Beamte\*innen gehen mit Schlagstöcken auf die Studierenden los, es gibt viele Verletzte. Seit

schreitungen“ vorgeworfen.

Phyoe Phyoe Aung und den weiteren inhaftierten Student\*innen drohen mehr als neun Jahre Haft.

*„Ich will als gute Bürgerin auf jegliche Weise und in jeglicher Rolle dazu beizutragen, die Nation aufzubauen, das Land umzugestalten oder das System zu revolutionieren.“*

Phyoe Phyoe Aung

**AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT**, Phyoe Phyoe Aung und alle anderen Personen, die im Zusammenhang mit den friedlichen Student\*innenprotesten inhaftiert und angeklagt wurden, sofort und bedingungslos freizulassen!

**WERDEN SIE AKTIV!**  
Bitte schicken Sie den Appellbrief noch im Dezember ab.

## ERFOLGE

**DANKE FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!**

**SUDAN: STRAFE WEGEN „ANSTÖßIGER KLEIDUNG“ AUFGEHOSEN.** Anfang Oktober hob das Berufungsgericht des Sudan die gegen Ferdous Al Toum verhängte Strafe auf.

Die 19-Jährige war wegen „anstößiger Kleidung“ im Juli zu einer Geldstrafe und 20 Peitschenhieben verurteilt worden. Sie gehörte zu einer Gruppe von zehn christlichen Studentinnen, gegen die wegen „anstößiger Kleidung“ Anklage erhoben worden war.



Die Polizei für öffentliche Ordnung (Public Order Police, POP) hatte am 25. Juni Ferdous Al Toum und elf weitere christliche Studentinnen festgenommen. Gegen zehn von ihnen wurde gemäß Artikel 152 des sudanesischen Strafgesetzbuchs von 1991 wegen „anstößiger Kleidung“ Anklage erhoben, während die anderen beiden freigelassen wurden. In acht der Fälle erfolgte ein Freispruch bzw. wurde eine Geldstrafe verhängt. Eine Studentin, Rehab Omer Kakoum, hat gegen die gegen sie verhängte Geldstrafe in Höhe von 500 sudanesischen Pfund Rechtsmittel eingelegt.

**ÄGYPTEN: FREISPRUCH FÜR AZZA SOLIMAN.** Ein Berufungsgericht in Ägypten hat entschieden, den Freispruch der Menschenrechtsverteidigerin Azza Soliman und 16 weiterer Personen, die Augenzeug\*innen der Tötung der ägyptischen Aktivistin Shaimaa Al-Sabbagh geworden waren, aufrechtzuerhalten.

Sie und 16 weitere Augenzeug\*innen der Tötung der 32-jährigen Shaimaa Al-Sabbagh wurden am 24. Oktober vor dem Berufungsgericht in Qasr al-Nil freigesprochen. Sie waren wegen „Teilnahme an illegalen Protesten“ und der „Störung der öffentlichen Ordnung“ auf Grundlage des repressiven Demonstrationsgesetzes angeklagt worden.

Die 17 Angeklagten waren bereits am 23. Mai vom Sicherheitsgericht in Qasr al-Nil freigespro-

chen worden. Die Staatsanwaltschaft legte drei Tage später jedoch Rechtsmittel gegen den Freispruch ein.

Azza Soliman bedankte sich bei Amnesty International für die Unterstützung und Solidarität, die sie „angesichts der Ungerechtigkeit und Verzweiflung“ gestärkt haben.



**PHILIPPINEN: POLIZISTEN IM FALL ALFREDA DISBARRO VERURTEILT.**

Die beiden Polizisten, die Alfreda Disbarro (Philippinen) gefoltert haben, sind beide schuldig gesprochen worden. Sie wurden wegen schwerer Verfehlungen (Körperverletzung und Unregelmäßigkeiten in der Pflichterfüllung) verurteilt und im Rang herabgestuft. Die Schuldsprüche entsprechen zwar noch nicht den Anti-Folter-Gesetzen, unsere Kolleg\*innen sprechen dennoch von einem großen Erfolg, der auf die Arbeit von Amnesty zurückzuführen ist.

Als bekanntgegeben wurde, dass Untersuchungen im Falle Alfreda Disbarro eingeleitet werden, bezog sich die philippinische Polizei für interne Angelegenheiten auf einen Brief von zwei Amnesty Aktivist\*innen.

**UN: MÜTTERSTERBLICHKEIT FAST HALBIERT.** In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Müttersterblichkeit fast halbiert.

Ende 2015 werde sie um 44 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zurückgegangen sein, sagte die Vertreterin der Weltgesundheitsbehörde (WHO), Lale Say, bei der Vorstellung eines Berichts verschiedener UN-Organisationen und der Weltbank. Dies sei ein großer Fortschritt, der allerdings ungleich verteilt sei. 99 Prozent der schwangerschafts- oder geburtsbedingten Todesfälle entfallen demnach auf Entwicklungsländer. Und nur neun Staaten erreichten die im Jahr 2000 festgelegten Millenniumsziele, die Müttersterblichkeit binnen 25 Jahren um 75 Prozent zu verringern. In 39 weiteren Ländern gebe es zumindest „bedeutende Fortschritte“.

## IRAN UN-RESOLUTION ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

**Ein gemeinsamer Brief zur Menschenrechtslage in Iran, den Amnesty zusammen mit 36 anderen NGOs vor der Generalversammlung der UN an die Mitgliedsstaaten richtete. Wir bringen Auszüge.**

Wir, die unterzeichnenden Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen, bitten Ihre Regierung um eine Zustimmung für die Resolution A/C.30/70/L45 zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in der Islamischen Republik Iran. Diese Abstimmung soll während der 70. Sitzung der Generalversammlung am 19. November 2015 stattfinden\*.

Die kürzlich getroffene Übereinkunft über die nukleare Problematik zwischen dem Iran und

chen Vereinigung, des Glaubens sowie das Recht auf faire Gerichtsverfahren und das Recht auf Bildung und Gesundheit untergraben. Der Berichterstatter führte noch die geschlechtliche Diskriminierung an und die Diskriminierung aus religiösen und ethnischen Gründen. Trotz einer seit 2002 bestehenden Einladung des Iran an die Gremien der UN und trotz der zahlreichen und wiederholten Anfragen zu einem Besuch des Landes, wurde keinem dieser Gremien und auch nicht dem Berichterstatter erlaubt, in den letzten zehn Jahren das Land zu besuchen. Die Behörden haben systematisch die Anstrengungen der iranischen Zivilgesellschaft zum Schutz und zur Förderung der internationalen Menschenrechtsstandards hintertrieben.

**TROTZ DER VIELEN BEDENKEN** auf die Menschenrechte bezogen, haben die iranischen Behörden die meisten der Empfehlungen gänzlich oder teilweise zurückgewiesen, die während der zweiten periodischen Sitzung erhoben wurden...

Die dauernde Aufmerksamkeit der internationalen Gesellschaft ist gefordert, sollte der Iran die bekannten Missbräuche und mangelnde Zusammenarbeit nicht beenden. Die Mitgliedsstaaten der UN sollten ihre Bedenken über die Rechtsverletzungen äußern. So würden sie ihre Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Kräfte in den Behörden zeigen, die einen Fortschritt bei der Menschenrechtslage möchten.

Im Land besteht eine beunruhigende Steigerung in der Anwendung der Todesstrafe. Mindestens 830 Menschen wurden zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 1. November hingerichtet. Mindestens vier jugendliche Straftäter sollen hingerichtet worden sein. Am 13. Oktober exekutierten die iranischen Behörden Fatemeh Salbehi wegen einer Straftat, die sie im Alter von 17 Jahren begangen haben soll. Sie wurde wegen der Tötung ihres Ehemannes verurteilt. Im Alter von 16 Jahren soll sie ihn gezwungenermaßen geheiratet haben. Die UN-Berichterstatter verurteilten diese Hinrichtung und die Nichtbeachtung mildernder Umstände, da Salbehi häuslicher



**Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty vor der UN in New York am 25. September 2015**  
© UN

sechs Ländern bietet der internationalen Gemeinschaft eine Gelegenheit, ihre Aufmerksamkeit auf die chronisch schlechte Lage der Menschenrechte im Iran zu richten. Die Unterstützung der Resolution der Generalversammlung wird dazu beitragen, einen Schwerpunkt für die Menschenrechte zu setzen und sie wird dazu beitragen, die Hauptempfehlungen der internationalen Gesellschaft nochmals zu bekräftigen, wie die iranischen Behörden am besten ihre internationalen Rechtsverpflichtungen einhalten könnten.

Im September und Oktober haben der Generalsekretär und der Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechte in der Islamischen Republik Iran eine Reihe von Beispielen angeführt, die ernsthaft das Recht auf Leben, auf die Abwesenheit von Folter, die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Versammlung und der friedli-

\*Zu Redaktionsschluss war das Abstimmungsergebnis noch nicht bekannt.

Gewalt ausgesetzt war und zu der Heirat gezwungen wurde.

**DIE MEISTEN HINRICHTUNGEN** stehen in Verbindungen zu Straftaten im Drogenbereich, für die das internationale Recht klar die Todesstrafe verbietet, die Straftaten sind keine „äußerst ernsthaften kriminellen Taten“. Das iranische Gesetz kennt die Todesstrafe für wirtschaftliche Vergehen und für Taten, die man nicht kriminell einstufen kann wie „Beleidigung des Propheten“ und sexuelle Beziehungen in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Erwachsenen, darunter Ehebruch und gleichgeschlechtliche Beziehungen. Einige Personen wurden wegen der friedlichen Ausübung ihres Rechtes auf freie Meinungsäußerung oder des Rechts auf Vereinigung und Versammlung hingerichtet. Andere, wie der geistliche Lehrer Mohammad Ali Taheri, befinden sich wegen der friedlichen Ausübung ihres Rechtes auf Freiheit des Glaubens in der Todeszelle.

Todesurteile in Verbindung zu Anklagen wegen der nationalen Sicherheit dürften politisch motiviert sein. Sie werden unverhältnismäßig oft gegen Angehörige ethnischer Minderheiten verhängt. Darunter sind Ahwazi Araber\*innen, azerbeidjanische Türk\*innen, Kurd\*innen und Belutsch\*innen, die im Gesetz und in der Praxis weitgehende Diskriminierung bei der Inanspruchnahme ihrer wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechte erfahren.

Iranische Gerichtsverfahren bleiben weit hinter dem internationalen Recht und den Standards zurück. Urteile, auch Todesurteile, werden oft ohne die international geltenden Rechte für den Angeklagten ausgesprochen, z. B. den Zugang zu Anwält\*innen ihrer Wahl vom Zeitpunkt der Verhaftung an. Oder die Anwendung von „Geständnissen“, die unter Folter oder Misshandlung erzwungen wurden. Die Gerichte beziehen sich gewöhnlich auf Beweise, die im Widerspruch zu internationalem Recht und den Standards stehen.

UN-Körperschaften und Menschenrechtsorganisationen haben erhebliche Sorgen geäußert anlässlich der willkürlichen Inhaftierung von Hunderten von Menschenrechtler\*innen, Anwält\*innen, Künstler\*innen, Journalist\*innen, Frauenrechtsaktivist\*innen, Gewerk-

schaftler\*innen, Studierenden und Angehörigen von ethnischen oder religiösen Minderheiten, die ohne Hoffnung im Gefängnis sind. Gefangene stehen ständig unter dem Risiko der Folter oder von Misshandlung oder langer Einzelhaft oder der Verweigerung medizinischer Behandlung....

In einer erdrückenden Reihe von Fällen haben die Gerichte Langzeitstrafen von 12 bis 16 Jahren gegen eine Anzahl von jugendlichen Bürgerrechtler\*innen verhängt. So wurde am 30. Mai die Künstlerin und Bürgerrechtlerin Atena Farghadani zu mehr als 12 Jahren Haft verurteilt, wegen ihrer Verbindungen zu Familien der nach der Wahl 2009 im Gefängnis wahrscheinlich durch Folter zu Tode gekommenen Demonstrierenden und wegen ihrer Kunstwerke...

**PLANMÄßIGE DISKRIMINIERUNG** und Gewalt gegen Frauen in Gesetz und Praxis verdient ernsthafter Betrachtung. Verheiratete Frauen haben z. B. nicht die gleichen Rechte wie ihre Ehemänner. Das betrifft die Scheidung, das Sorgerecht für Kinder und das Erbrecht. Die Frau braucht die Einwilligung ihres Mannes, wenn sie die Universität besuchen, eine Arbeit aufnehmen oder eine Reise außerhalb des Landes machen will. In den letzten Jahren haben die Behörden die diskriminierenden Maßnahmen im Hinblick auf die Bildung der Frauen verstärkt. Dazu gehört auch die Einführung von Frauenquoten für den Besuch der Universität. Eingeschränkt wird die Teilhabe der Frauen in der Gesellschaft auch durch die „Verschleierungsgesetze“, die Frauen zum Ziel von Schikanen und Inhaftierungen machen, wenn sie ihren Kopf nicht bedecken oder die Kleiderordnung missachten. Seit 2012 wurde die Finanzierung des Familienplanungsprogramms durch den Staat zurückgefahren, für Millionen Frauen wurde der Zugang zu bezahlbarer Verhütung eingeschränkt. Es gab zwei Gesetzentwürfe. Das Gesetz zur Steigerung der Fruchtbarkeitszahlen und zur Verhütung des Bevölkerungsrückgangs und ein zweites Gesetz, das bei Annahme die Frauenrechte im Hinblick auf reproduktive und sexuelle Gesundheit mindern und die geschlechtliche Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen verfestigten würde, auch im Hinblick auf häusliche Gewalt.

*„Die Resolution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte im Iran in der 70. Sitzung der Generalversammlung ist eine entscheidende Gelegenheit für die internationale Gesellschaft, ihre Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtslage auszudrücken... Durch die Annahme der Resolution am 19. November wird die Generalversammlung ein starkes Signal an die Regierung und die Bevölkerung des Iran aussenden, dass die Welt sich für eine entscheidende Verbesserung der Menschenrechtslage im Land engagiert.“*

*Übersetzung: Werner Kohlauer, Koordinationsgruppe Iran, Amnesty International Deutschland. Mehr Informationen: [amnesty-iran.de](http://amnesty-iran.de)*

## TAIWAN

## GESELLSCHAFTLICHER WANDEL IN REKORDZEIT

Am 28. Oktober 2015 hielt die Menschenrechtsaktivistin Linda Arrigo bei Amnesty einen Vortrag über die Entwicklung der Frauenrechte in Taiwan.

Bericht von Barbara Wagner, Gruppensprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

Als politische Aktivistin jahrzehntelang für Menschenrechte im Einsatz, berichtete Linda Arrigo über – auch persönlich erlebte – Verfolgung und Terror unter der Kuomintang-Diktatur und den Anteil der Frauen an den Entwicklungen zur Demokratie und die Frauenbewegung in Taiwan.

Linda Arrigo, geb. 1949 in den USA, ist eine bekannte politische Aktivistin in Taiwan und aktuell in der Green Party in Taiwan aktiv. Arrigo ist die Ex-Frau des Oppositionspolitikers Shih Ming-Te und war 1978/79 in die Gründung des Formosa Magazine involviert. Sie wurde 1979 aus Taiwan ausgewiesen und konnte erst 1990 zurückkehren.

Zusammen mit Lynn Miles und finanzieller Unterstützung von Amnesty International hat sie das Buch „A borrowed voice: Taiwan human rights through international networks 1960-1980“ kompiliert, eine einzigartige Sammlung über den Terror im Taiwan der 1970er und 80er. Detail am Rande: Vor zehn Jahren sah Linda Arrigo sich mittlerweile freigege-

bene Dokumente an. Da stellte sie fest, dass jede von Amnesty geschickte Karte registriert und übersetzt wurde.

**DAS ALTE CHINA.** In Taiwan gab es lange eine Tradition, wonach Mädchen im Alter von ein bis acht Jahren adoptiert wurden, wobei man erwartete, dass sie den Sohn ihrer neuen Familie - den nunmehrigen Bruder - später he-

raten würden. Das war vor weniger als zwei Generationen durchaus noch üblich. Im Alter von 17 Jahren sollte die Frau dann die ersten Kinder bekommen. Wenn der Sohn sich weigerte, zu heiraten, wurden die Frauen von der Familie zurückgewiesen. Das war sehr schmerzhaft für die Frauen. Oft waren sie dann auch in der Familie, in der sie geboren waren, nicht mehr willkommen.

Die chinesische Gesellschaft hatte überfürsorgliche und übermächtige Eltern und Schwiegermütter. Junge Frauen zählten wenig im Clan. Ein Paar sollte Kinder bekommen, sich aber sonst nicht allzu nahe stehen. Dafür sorgten die Schwiegermütter. Es kam nicht selten vor, dass sich der Sohn auf Befehl der Mutter scheiden ließ. Schwiegermütter konnten also Frauen aus der Familie drängen. Traditionelle Frauennamen waren oft beleidigend. Einer lautete etwa „Nein“. Heute gibt es solche Namen nicht mehr.

**KEINE WERTSCHÄTZUNG FÜR FRAUEN.** In Taiwan gab es kein Eigentumsrecht und Erbrecht für Frauen. Die Kuomintang-Regierung (Nationale Volkspartei Chinas, begründete 1912 die erste chinesische Republik, errang 1927 die Herrschaft über das chinesische Festland, musste sich aber nach dem verlorenen Bürgerkrieg 1949 gegen die Kommunistische Partei nach Taiwan zurückziehen, wo sie bis 1990 diktatorisch regierte), führte relativ progressive Rechte ein. Jene im Erbrecht wurden aber nie umgesetzt.

Frauen waren auch dafür verantwortlich, den Göttern Respekt zu erweisen, indem sie diesen gekochte Hühner darbrachten. Die Geister der Ahnen mussten mindestens zwei Mal pro Monat gefüttert werden, damit sie nicht hungrig werden.

Beim Sex gab es eine Doppelmoral. War eine Frau nicht Jungfrau, war es schwer, einen respektablen Mann zu finden und ein normales Leben zu führen. Geburtenkontrolle und Verhütung wurden abgelehnt, da Sex dazu da



Linda Arrigo mit ihrem Buch „A borrowed voice“, das den Terror im Taiwan der 70er und 80er Jahre dokumentiert.

Besuchen Sie uns auf **FACEBOOK:**  
**amnestynetzwerkfrauenrechte**  
 Folgen Sie uns auf **TWITTER:**  
**AlFrauenrechte**

war, Kinder zu bekommen. Frauen wurden fürs Kinder bekommen geschätzt, nicht als Individuen. So konnte der Familienname weitergegeben werden.

Erst in den späten 60er und den 70er Jahren kam es durch die Industrialisierung und damit verbundene Frauenbeschäftigung zu einer Verbesserung für Frauen. Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 22 Jahren waren in Fabriken beschäftigt und verdienten ihr eigenes Geld. Sie arbeiteten, bevor sie heirateten. Dabei verdienten sie weniger als die Männer. Sie schickten Geld nach Hause. Damit wurde die Ausbildung ihrer Brüder finanziert. Frauen hatten aber auch selbst Geld, um in die Abendschule zu gehen. Sie behielten einen Teil des Geldes für sich selbst und begannen auch, sich die Ehemänner selbst auszusuchen.

**DIE FRAUENBEWEGUNG.** Annette Lu Hsiu-lien begründete in den frühen 70er Jahren die taiwanesischen Frauenbewegung. Als Oppositionelle war sie von 1980-86 in Haft. Von 2000-2008 war sie Vizepräsidentin von Taiwan.

Mit ihr waren noch sieben andere, männliche Oppositionsführer in Haft. Deren Frauen und Kinder traten für die Gefangenen ein und gingen in die Politik. Dabei kam ihnen ein Gesetz aus den 40er Jahren zu Gute. Danach konnten Frauen mit einer geringeren Anzahl an Stimmen gewählt werden. Als dann die oppositionellen Frauen bei den Wahlen antraten, mussten auch die Konservativen Frauen aufstellen. So wurden viele Frauen gewählt. Als die Männer aus dem Gefängnis kamen, arbeiteten sie als Assistenten für die Frauen.

Wie ist die Situation der Frauen heute? Taiwan änderte sich in nur einer Generation sehr. Der gesellschaftliche Wandel war sehr schnell, schneller als in Europa. Die Gleichberechtigung von Frauen ähnelt heute jener in Europa. Taiwan hat eine sehr niedrige Geburtenrate (1,17). Viele Frauen haben keine oder wenige Kinder. Bei der Ausbildung haben Frau-

en die besseren Noten und machen in Folge Karriere. Karrierefrauen sind heute beim Gehalt gleichberechtigt, aber oft unverheiratet. Es sei leichter, Gesetze für die Gleichberechtigung zu machen, als für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, kritisiert Linda Arrigo.

Gerade für Arbeiter\*innen gibt es nicht viele sichere Jobs. Diese Jobs sind nach China gewandert oder werden von Gastarbeiter\*innen ausgeführt. Die Taiwanesischen\*innen arbeiten nun als Angestellte, wobei die Inflation ein Problem ist. So gab es etwa bei Collegeabsolvent\*innen einen Gehaltsverfall von einem Drittel.

Frauenhandel ist in Taiwan ein Problem. Es gibt viele Gastarbeiter\*innen in der Industrie und der Altenpflege. Frauen sollen von der Altenpflege befreit werden, die auch auf Grund der Überalterung der Gesellschaft ein Thema ist. Daher übernehmen Gastarbeiter\*innen die Altenpflege. Ausländische Frauen gehen auch Scheinehen ein, um als Altenpflegerinnen arbeiten zu können. Häufig sind indonesische Frauen als Altenpflegerinnen, aber auch Kindermädchen tätig. Diese müssen das Land aber nach sechs Jahren verlassen.



## ÄGYPTEN

**ENTSETZLICHE HAFTBEDINGUNGEN**

**Die ägyptische Menschenrechtsanwältin Mahienour El-Massry wird nach Angaben ihrer Familie unter entsetzlichen Haftbedingungen festgehalten. Sie und zwei weitere Personen sind unter fingierten Anklagepunkten zu Haftstrafen von je 15 Monaten verurteilt worden.**

**Mahienour El-Massry ist eine bekannte Menschenrechtsanwältin in Alexandria. Dort setzt sie sich für die Rechte von Arbeiter\*innen und Flüchtlingen ein.**

© Mohamed Hosny

Die gewaltlose politische Gefangene Mahienour El-Massry wird laut einer Stellungnahme ihrer Familie auf der Facebook-Seite „Free Mahienour“ vom 31. Oktober seit Wochen unter extrem schlechten Haftbedingungen festgehalten. Familienangehörige von Gefangenen dürfen keine Lebensmittel und keine anderen Artikel des täglichen Bedarfs mehr ins

Insassinnen haben sich deshalb an die Gefängnisleitung und den Nationalrat für Menschenrechte gewandt. Der Leiter des Gefängnisses hat erklärt, sie müssten 10 bis 15 Tage warten, bis das Wasserproblem behoben werde. Schon seit langem beschwerten sich Gefängnisinsass\*innen über die schlechten Haftbedingungen in Ägypten. Ein Menschenrechtsanwalt hat Amnesty International berichtet, dass die Behörden ihm ohne Angabe eines triftigen Grundes verweigert hätten, Mahienour El-Massry im Gefängnis zu besuchen.

**STRAFTAT „BELEIDIGUNG DES INNENMINISTERIUMS“.**

Am 31. Mai hatte ein Berufungsgericht die gegen Mahienour El-Massry verhängte Haftstrafe von zwei Jahren auf 15 Monate reduziert. Ihr Schuldspruch wurde ebenso wie die Schuldsprüche des Journalisten Youssef Shaaban und des politischen Aktivisten Loay El-Kahwagy aufrechterhalten. Man legte ihnen unter anderem zur Last, „vor und in der Polizeiwache al-Raml protestiert“ zu haben, die sich in der Stadt Alexandria befindet, „Polizist\*innen und andere Mitarbeiter\*innen der Wache angegriffen“ und „das Innenministerium beleidigt“ zu haben.

Ein Rechtsmittel gegen die Haftstrafen wurde am 20. September zurückgewiesen. Youssef Shaaban leidet an Hepatitis C und hat im August darum gebeten, aus gesundheitlichen Gründen aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Sein Antrag wurde jedoch vom Gericht zurückgewiesen. Laut Angaben seiner Frau verweigern die Gefängnisbehörden ihm die Medikamente, die er zur Behandlung seiner Krankheit benötigt.

Mahienour El-Massry ist eine bekannte Menschenrechtsanwältin in Alexandria. Dort setzt sie sich stark für die Rechte von Arbeiter\*innen und Flüchtlingen ein. Während ihrer Haft im Jahr 2014 verlieh man Mahienour El-Massry den angesehenen internationalen Ludovic-Trarieux-Menschenrechtspreis.



Gefängnis bringen. Laut Angaben der Schwester von Mahienour El-Massry, Maysoon, haben die Gefängnisbehörden den Insassinnen mitgeteilt, sie müssten diese Dinge nun in der Gefängniskantine kaufen, was viele sich nicht leisten können. Mahienour El-Massry befindet sich im Frauengefängnis al-Abadeya in der Stadt Damansour.

**ÜBERBELEGT, UNHYGIENISCH.** Mahienour El-Massry ist in einer 5x6-Meter großen Zelle inhaftiert, die überbelegt ist. Es gibt nur vier Stunden am Tag Wasser, wodurch die hygienischen Bedingungen extrem schlecht sind. Die

**WERDEN SIE AKTIV!**

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis 21. Dezember ab und fordern Sie die Freilassung von Mahienour El-Massry.

## AFGHANISTAN

**DIE SCHRECKENSHERRSCHAFT DER TALIBAN IN KUNDUS**

**Massenmorde, Vergewaltigungen und Todesschwadronen der Taliban, die Häuser durchkämmen – das sind nur einige der Schreckenstaten, von denen Augenzeug\*innen aus Kundus Amnesty International nach der Befreiung der Stadt durch die afghanische Armee berichtet haben.**

„Die grauenvollen Berichte, die wir erhalten haben, beschreiben eine Schreckensherrschaft während der brutalen Eroberung von Kundus“, sagt Horia Mosadik, Afghanistan-Expertin von Amnesty International. „Die afghanischen Sicherheitsbehörden müssen vor allem in den umkämpften Gebieten viel mehr für den Schutz der Zivilistinnen und Zivilisten tun“.

Die Taliban haben bei ihrem Eroberungszug im afghanischen Kundus schwerste Verbrechen begangen. Mit Morden an Zivilpersonen, Gruppenvergewaltigungen, Entführungen und dem Einsatz von Todesschwadronen haben die Taliban innerhalb kürzester Zeit eine Schreckensherrschaft in der Stadt errichtet.

**SKRUPELLOSE BRUTALITÄT.** Amnesty befragte zahlreiche Augenzeug\*innen, vor allem Frauen, die nach dem Angriff der Taliban am Montag aus Kundus geflohen waren. Frauenrechtlerinnen sprachen von einer „Todesliste“ der Taliban, mit der gezielt Aktivisten und BürgerrechtlerInnen gesucht wurden.

Die Taliban schickten kleine Buben auf Erkundungstouren durch die Häuser, um ihre Opfer, vor allem Frauen, ausfindig zu machen. Familienangehörige von afghanischen Polizisten und Soldaten, darunter auch Kinder, wurden gezielt ermordet, weibliche Verwandte vergewaltigt.

Eine Hebamme wurde wegen ihrer Tätigkeit von einer Gruppe von Männern vergewaltigt und dann zusammen mit einer Kollegin ermordet, wie Verwandte des Opfers gegenüber Vertreterinnen von Amnesty International ausagten.

„Als die Taliban die Kontrolle über Kundus hatten, haben sie verkündet, sie würden Recht und Ordnung und die Scharia in der Stadt einführen“, sagte eine Bürgerrechtlerin. „Alles, was sie taten, hat dagegen verstoßen.“

Ich weiss nicht, wer uns aus dieser Situation befreien kann.“

**ANGST VOR RACHE.** Amnesty International fordert die afghanischen Soldaten auf, keine Vergeltung zu üben an gefangenen oder verletzten Taliban-Kämpfern. Jeder Fall von schweren Menschenrechtsverletzungen oder Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht durch die Taliban soll genauestens untersucht werden. Die Täter müssen in fairen Gerichtsverfahren verurteilt werden, ohne, dass ihnen die Todesstrafe droht.

„Die afghanischen Sicherheitskräfte und Soldaten müssen den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen und zu Recht und Ordnung zurückkehren. Rache an Gefangenen nehmen wäre ein Kriegsverbrechen“, sagt Horia Mosadik.

**SCHUTZ FÜR MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERINNEN IN AFGHANISTAN**

**Die mutigste Frau Afghanistans: Die Senatorin Roghul Khairzad gibt den Kampf für die Rechte der Frauen nicht auf, obwohl sie bereits mehrmals von den Taliban überfallen wurde, die ihre Tochter und ihren Bruder töteten. Nach dem letzten Beschuss lag sie zwei Wochen im Koma und nahm, nachdem sie das Krankenhaus verlassen hatte, sofort wieder ihre Arbeit auf.**

**Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechtsverteidigerinnen am 29. November startet Amnesty International eine Aktion zum Schutz der Frauenrechtsaktivistinnen in Afghanistan.**

*Mehr dazu und Online-Petition auf [frauenrechte.amnesty.at](http://frauenrechte.amnesty.at)*

SIERRA LEONE

# UNTERRICHTSVERBOT FÜR SCHWANGERE MÄDCHEN

**Schwangeren Mädchen wird die Ablegung wichtiger Prüfungen und der Schulbesuch verwehrt. Diese diskriminierende Politik verletzt das Grundrecht der Mädchen auf Bildung .**



Mehr Information und Link zu einem Online-Appell auf [frauenrechte.amnesty.at](http://frauenrechte.amnesty.at)

Tausenden schwangeren Schülerinnen wird in Sierra Leone der Unterricht verweigert. Geschätzt 10.000 Mädchen werden deshalb in diesem Schuljahr, das in dem westafrikanischen Land im Dezember endet, ihre Abschlussprüfungen verpassen.

Die Regierung hatte Anfang April ein Schulverbot für schwangere Schülerinnen verhängt, da diese „schlechten Einfluss“ ausübten. Seitdem nahmen viele Lehrer\*innen demütigende körperliche Kontrollen vor. Lehrer\*innen würden auf die Brüste und Bäuche drücken, um zu testen, ob sie schwanger seien, erzählte eine 18-Jährige Amnesty International. Einige Mädchen wurden zum Schwangerschaftstest gezwungen. Zwar gibt es von Nichtregierungsorganisationen geförderten Ersatzunterricht für schwangere Schülerinnen, doch von staatlich anerkannten Prüfungen seien sie weiter ausgeschlossen.

**NACH VERGEWALTIGUNG SCHWANGER.** Aufgrund eines Ebola-Ausbruchs, in dessen Folge laut der Weltgesundheitsorganisation mehr als 14.000 Menschen in Sierra Leone erkrankten, waren Mitte 2014 die Schulen für zehn Monate geschlossen worden, um das Infektionsrisiko zu mindern.

Während dieses Zeitraums gab es einen Anstieg an Schwangerschaften unter Jugendlichen. Viele davon sind ungewollt gewesen und das Resultat sexueller Gewalt.

Bereits vor dem Ausbruch der Ebola-Epidemie war die Schwangerschaftsrate unter Jugendlichen in Sierra Leone hoch. Im Jahr 2013 bestätigten offizielle Statistiken, dass 28 Prozent aller Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren bereits Kinder zur Welt gebracht hatten oder schwanger waren.



Minister of Justice and Human Rights  
c/o Amnesty International Burkina Faso  
08 Av. Houari Boumedienne,  
Ouagadougou 08 BP 11344  
Burkina Faso

Dear Minister,

I am deeply concerned about the widespread practice of early and forced marriage in Burkina Faso, and particularly the Sahel region.

As you will know, early and forced marriage is banned under your country's laws, as well as under international and regional human rights treaties to which Burkina Faso is party. But in practice, studies have shown that 52% of in Burkina Faso are married before the age of 18, with far-reaching consequences for their health, safety and human rights.

Minister, I urge your government to:

- Enforce and ensure the application of national laws and international obligations banning forced and early marriage.
- Guarantee protection as well as shelter and support services for victims of early and forced marriages.
- Raise awareness in the population about the ban on forced and early marriage, and also about where girls can find assistance if they are at risk.

Sincerely,

Exzellenz,

die Verfassung Ihres Landes verbietet frühe und erzwungene Ehen. Dennoch ist diese Praxis sehr weit verbreitet, da Verstöße offenbar nicht bestraft werden. 52 Prozent aller Mädchen in Ihrem Land wird vor dem 18. Geburtstag zwangsweise verheiratet. Manche werden sogar schon mit elf Jahren zur Ehe gezwungen. Dies verstößt nicht nur gegen das Selbstbestimmungsrecht der Mädchen, sondern gefährdet auch ihr Leben und ihre Gesundheit. Denn viele bekommen viel zu früh Kinder. Außerdem machen frühe und erzwungene Heiraten die Bildungs- und Zukunftschancen der Mädchen zunichte: Nur die allerwenigsten dürfen nach der Zwangsverheiratung noch eine Schule besuchen. Ich möchte Sie bitten, sich mit aller Kraft für die Menschenrechte von Mädchen in Burkina Faso einzusetzen.

Daher fordere ich Sie auf:

- Sorgen Sie dafür, dass nationale und internationale Bestimmungen, die frühe und erzwungene Ehen verbieten, in der Praxis befolgt und Verstöße dagegen bestraft werden.
- Schützen Sie Mädchen effektiv gegen Zwangs- und Frühverheiratungen und fördern sie Einrichtungen, in denen betroffene Mädchen Schutz und Unterstützung finden.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass das Verbot von Zwangs- und Frühverheiratungen stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert wird und gefährdete Mädchen über Hilfsangebote informiert werden.

Hochachtungsvoll,

Benito Antonio Lara Fernández  
Ministro de Justicia y Seguridad Pública  
17 Avenida Norte, Complejo Plan Maestro  
Edificio B1, nivel 1, Alameda Juan Pablo II  
San Salvador  
El Salvador

Dear Minister of Justice,

Teodora del Carmen Vásquez is currently serving a 30 year prison sentence for aggravated homicide, after suffering a still-birth at work. She was presumed guilty of having an “abortion” rather than the potential victim of pregnancy complications.

Teodora’s trial was flawed and lacking in due process. She was presumed guilty and, being from a poor family, could not afford an effective legal team to represent her.

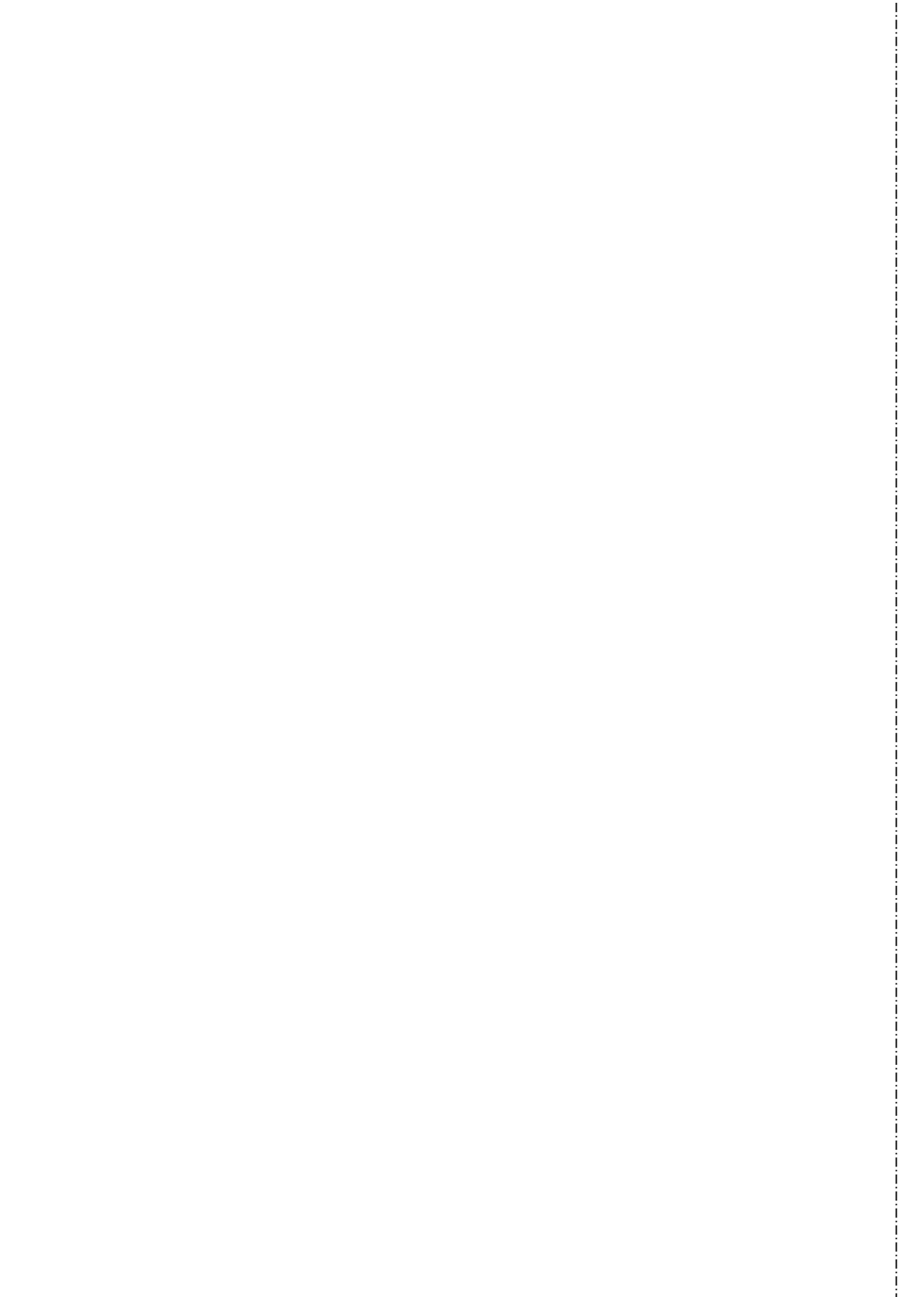
Minister, I call on you to:

- Take action to ensure Teodora del Carmen Vásquez is immediately released.
- Take action to release all other women incarcerated for pregnancy-related complications who have exhausted other legal remedies.

Teodora has already spent over eight years in jail.

She is now applying for her sentence to be commuted. Her last hope is in your hands.

Sincerely,



President Thein Sein  
President Office Office No. 18  
Nay Pyi Taw  
MYANMAR

Your Excellency,

I call on you to immediately and unconditionally release **Phyoe Phyoe Aung**, detained peaceful student protesters and all other prisoners of conscience in Myanmar.

Please ensure that pending their release, Phyoe Phyoe Aung and all other detained student protesters are not tortured or otherwise ill-treated; that they have regular access to family members and lawyers of their choosing; and are provided with any medical treatment which they may require.

Yours sincerely,

Exzellenz,

ich fordere Sie höflich auf, Phyo Phyo Aung und alle anderen Personen, die im Zusammenhang mit den friedlichen Student\*innenprotesten inhaftiert und angeklagt wurden, sofort und bedingungslos freizulassen.

Bitte stellen Sie sicher, dass Phyo Phyo Aung und alle anderen gewaltlosen politischen Gefangenen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung geschützt sind, Zugang zu ihren Familien und Anwäl\*innen haben sowie jegliche benötigte medizinische Versorgung bekommen.

Hochachtungsvoll,

Nabil Sadek  
Office of the Public Prosecutor  
Madinat Al-Rehab  
New Cairo  
ÄGYPTEN

Fax: (00 202) 2 638 1956

Dear Counsellor,

I call on the Egyptian authorities to release **Mahienour El-Massry** immediately and unconditionally, and ensure her conviction is quashed, as she is a prisoner of conscience, detained solely for peacefully exercising her rights to freedom of expression and assembly.

I also call on you to ensure the deteriorating conditions of detention in al-Abadeya prison are urgently addressed.

Furthermore, I urge you to release Youssef Shaaban and Loay El-Kahwagi, and ensure their conviction is quashed, as they appear to have been detained for peacefully exercising their rights to freedom of expression and assembly, or else charge them with a recognizably criminal offence in proceedings that meet international fair trial standards.

I also call on you to provide Youssef Shaaban with any medical attention he may require.

Respectfully

Exzellenz,

ich bitte Sie eindringlich, Mahienour EI-Massry sofort und bedingungslos freizulassen und das Urteil gegen sie aufzuheben, da sie eine gewaltlose politische Gefangene ist, die lediglich friedlich Gebrauch von ihren Rechten auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemacht hat.

Bitte sorgen Sie dringend dafür, dass die Haftbedingungen im Gefängnis al-Abadeya verbessert werden.

Ich bitte Sie außerdem eindringlich, Youssef Shaaban und Loay EI-Kahwagy freizulassen, da sie offenbar ebenfalls nur deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich von ihren Rechten auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht haben. Klagen Sie sie andernfalls bitte umgehend einer international als Straftat anerkannten Handlung an und stellen Sie sie in einem Verfahren vor Gericht, das internationalen Standards entspricht. Bitte sorgen Sie dafür, dass Youssef Shaaban die erforderliche medizinische Versorgung erhält.

Hochachtungsvoll,

## CEDAW

## DIE FRAUENRECHTSKONVENTION

## Nun liegt der erste deutschsprachige Kommentar zur Frauenrechtskonvention vor. Er vergleicht die Umsetzung in Österreich und der Schweiz.

Am 18.12.1979 wurde von der UN-Generalversammlung die CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women bzw. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) beschlossen. Bisher ratifizierten 188 Staaten das Übereinkommen. Leider haben viele Länder nicht alle Artikel der CEDAW übernommen.

Das große Anliegen der Konvention war es, Wege aus der strukturellen Benachteiligung von Frauen zu finden. Die Unrechtserfahrungen von Frauen wurden in der CEDAW mit berücksichtigt. Sie enthält Regelungen, die quer durch alle Lebensbereiche gehen.

Seit 1982 gibt es das CEDAW-Komitee, um Staaten, die die CEDAW ratifiziert haben, zu überwachen. Erstmals ist mit Dr. Lilian Hofmeister eine Österreicherin Mitglied im CEDAW-Komitee. Sie hat mehr als 30 Jahre Erfahrung als Richterin und zeichnet sich durch ihr Engagement in Frauenfragen aus. Bei der 1995 in Peking stattfindenden 4. Weltfrauenkonferenz war sie Teil der Regierungsdelegation.

Österreich hat seit der Ratifizierung 1982 zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention ergriffen. Dennoch ist die Gleichstellung von Frauen und Männern noch keineswegs erreicht und CEDAW wenig bekannt.

**EMPFEHLUNGEN DES CEDAW-KOMITEES.** Das Komitee gibt auch Empfehlungen heraus, die sich auf bestimmte Themen beziehen. So gibt es etwa die Empfehlung Nr. 30, in der es um Frauen in der Konfliktprävention sowie in und nach bewaffneten Konflikten geht. Die Empfehlung 32 regelt geschlechtsspezifische Dimensionen von Flüchtlingsstatus, Asyl, Nationalität und Staatenlosigkeit. Die Empfehlung Nr. 19, die das Thema Gewalt gegen Frauen behandelt, wird derzeit überarbeitet.

Nun liegt der erste deutschsprachige Kommentar der CEDAW vor. 38 Autor\*innen aus der Schweiz und Österreich schrieben an

dem Werk mit. Bei der Umsetzung einer solchen Konvention kommt es in der Regel zu Unterschieden in den einzelnen Ländern. Im Kommentar stehen nun die Regelungen von Österreich und der Schweiz nebeneinander.

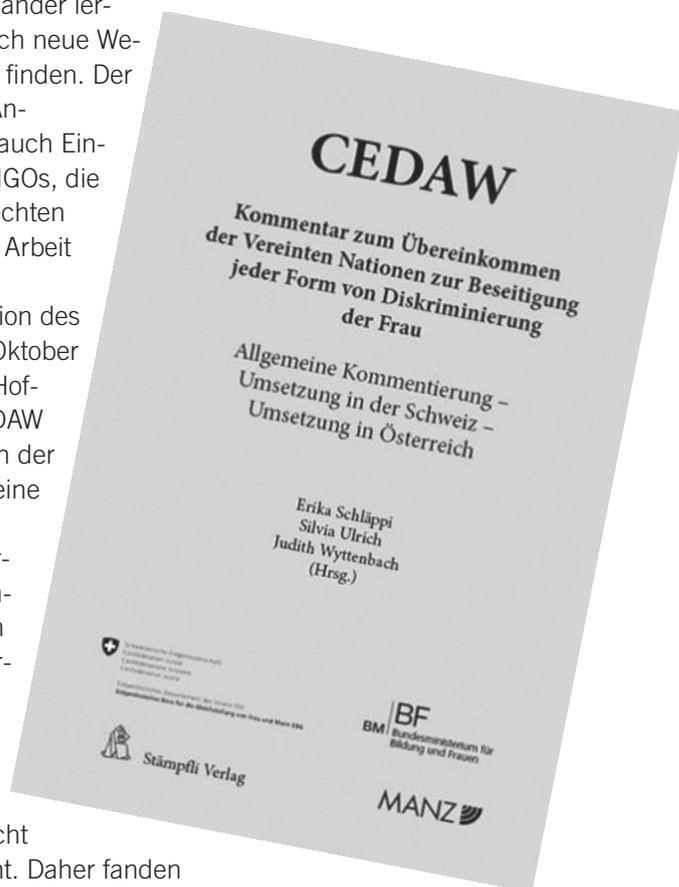
**ÜBERSICHTLICHER LÄNDERVERGLEICH.** So kann verglichen werden, was der Status Quo in den beiden Ländern ist. Die Länder können so voneinander lernen, eventuell auch neue Wege und Lösungen finden. Der Kommentar soll Anwält\*innen, aber auch Einrichtungen und NGOs, die sich mit Frauenrechten befassen, bei der Arbeit unterstützen.

Bei der Präsentation des Kommentars im Oktober berichtete Lilian Hofmeister, dass CEDAW in Österreich nach der Ratifizierung in keine Gesetzesausgabe

und in keine Lehrbücher aufgenommen wurde. Auch gab es keine Lehrveranstaltungen darüber. CEDAW wurde in Österreich zwar früh

ratifiziert, aber nicht öffentlich gemacht. Daher fanden sich feministische Juristinnen Anfang der 90er Jahre zusammen und beschlossen, die Regelungen in andere Gesetze, die publiziert werden, aufzunehmen.

*In den nächsten Ausgaben unserer Zeitschrift wird Barbara Wagner, Juristin und Gruppensprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte jeweils einen Ausschnitt aus CEDAW vorstellen, um so einen Überblick über die Konvention zu geben.*





Ihre Unterschrift kann Menschenrechtsverletzungen verhindern.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL** 

PSK 1.030.000, BLZ 60.000

**DAS AMNESTY NETZWERK FRAUENRECHTE DANKT HERZLICH FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG.  
WIR WÜNSCHEN FROHE FEIERTAGE UND ALLES GUTE FÜR 2016.**